

Bürgerbeteiligung in Erfurt: Erkenntnisse aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020

Keiner, Melanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Keiner, M. (2022). Bürgerbeteiligung in Erfurt: Erkenntnisse aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 35(2), 10-20. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81654-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Melanie Keiner

Bürgerbeteiligung in Erfurt

Erkenntnisse aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020

Der vorliegende Beitrag thematisiert die Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Erfurt, deren Untersuchung ein Teilziel der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2020 war. Dabei wurden die bisher genutzten sowie die in Frage kommenden Beteiligungsformen erfragt und im Hinblick auf soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale ausgewertet. Es zeigt sich, dass es überwiegend die älteren, schon länger in Erfurt wohnenden Personen sind, die über ein gutes Einkommen verfügen, ein hohes Qualifikationsniveau besitzen und keinen Migrationshintergrund aufweisen, die sich beteiligen und zukünftig beteiligen wollen. Diese Personen sind zudem häufiger in der Innenstadt oder im dörflichen Bereich wohnhaft und fühlen sich stark an ihr Wohngebiet gebunden. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis wird anschließend ein kurzer Exkurs unternommen, in welchem Ansätze für eine bessere Partizipation gegeben werden. Im Besonderen wird dabei auf das Format der Bürgerbefragung eingegangen, da diese bei der Berücksichtigung von benachteiligten Merkmalsgruppen als sehr adaptiv gelten kann.

Melanie Keiner, M. Sc.

seit 2020 in der Abteilung Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Erfurt (Mitarbeiterin im Bereich der Umfragen)

 melanie.keiner@erfurt.de

Schlüsselwörter:

Bürgerbeteiligung – Bürgerbefragung – soziodemografische und strukturspezifische Variablen

Einleitung

Möglichkeiten zur mittelbaren Bürgerbeteiligung sind im Sinne der repräsentativen Demokratie durch Wahlen und Abstimmungen bereits im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert (Art. 20 Abs. 2 GG). Weitere formalisierte und direkte Beteiligungsformen, die sich dann auch auf nicht wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger beziehen, ergeben sich auf Ebene des Landes Thüringen durch die Implementierung von Einwohnerversammlung/-antrag sowie Bürgerbegehren/-entscheid aus der Kommunalordnung (§§ 15, 16, 17 ThürKO) und dem Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerbescheid (ThürEBBG). Im Rahmen des Selbstverwaltungsrechtes (Art. 28 Abs. 2 GG) haben Gemeinden zusätzlich die Berechtigung, weitere Maßnahmen und Verfahren zu veranlassen, um die Bürger*innen in geeigneter Weise zu beteiligen. Dies ist besonders deshalb angezeigt, da anzunehmen ist, dass gerade auf Ebene der Kommune das Interesse an Beteiligung erhöht sein sollte, weil die Bürger*innen hier am für sie wahrnehmbarsten von politischen Entscheidungen betroffen sind. Zudem sind die Bürger*innen selbst die Expert*innen für die Gestaltung ihrer Umwelt, da es sich um ihre eigene lokale Lebenswelt handelt (König & König, 2012). Darüber hinaus ist bereits seit Jahren bekannt, dass die konventionelle Beteiligung in Form von Wahlen – vor dem Hintergrund sinkender Wahlbeteiligung – immer weniger gut funktioniert. Dass trotzdem oder gerade deshalb das Bedürfnis besteht, über die Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht zu haben, zeigt sich durch die Vergesellschaftung der Begriffsnomenklatur des sogenannten „Wutbürgers“, den die Gesellschaft für deutsche Sprache im Jahr 2010 geprägt hat. Aufgrund der benannten Aspekte macht die Stadt Erfurt regen Gebrauch von dem Selbstverwaltungsrecht, indem sie unterschiedliche Bürgerbeteiligungsformen im regulären Handeln der Verwaltung etabliert hat, z. B. durch die direkte Stellungnahme zu Vorhaben, die Beteiligung an Bauleitplanungen oder auch durch aleatorische Bürgerbefragungen.

Insbesondere mit der Aufgabe Bürgerumfragen umzusetzen ist die Abteilung Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Erfurt betraut. Eine, aber nicht die einzige regelmäßig stattfindende Erhebung, die in diesem Rahmen initiiert wird, ist die jährliche Wohnungs- und Haushaltserhebung. Diese Befragung enthält zumeist Fragestellungen zu Lebens-, Arbeits- und Wohnbedingungen der Erfurter*innen, die von verschie-

denen Fachbereichen zugearbeitet werden, die – neben den Daten der amtlichen Statistik – weiteren Informationsbedarf bekunden. Die Ergebnisse werden anschließend kontinuierlich in Prozesse eingebunden, die die Planung und Umsetzung in den Bereichen Infra-/Wohnstruktur sowie Bildungs-/Kultur-/Sport- und Freizeiteinrichtungen betreffen. Damit ist die Bürgerbefragung für die Befragten eine Möglichkeit der direkten Beteiligung.

Bürgerbeteiligung – ein Problemaufriss

Ein Ziel der Wohnungs- und Haushaltsbefragung 2020 war es, einen Überblick darüber zu gewinnen, ob und an welchen Beteiligungsmöglichkeiten die Erfurter Bürger*innen bereits teilnehmen und zukünftig teilnehmen möchten, um die präferierten Formate zu stärken und zielgerichteter auszugestalten. Zunächst entsteht hierbei der Eindruck, dass die Beliebtheit direkter Beteiligung kontinuierlich gestiegen ist. Andererseits scheint es so zu sein, dass Bevölkerungsgruppen, die spezifische Merkmale aufweisen, weniger aktiv von bestimmten Beteiligungsformen profitieren und in geringerem Ausmaß an ihnen partizipieren. Dieser Umstand scheint besonders deshalb bedenklich, da kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse existieren, bei denen eine integrierte Betrachtung unbedingt notwendig ist, um beispielsweise Lebensbereiche in Übereinstimmung mit Bedürfnissen aller Betroffenen oder insbesondere für benachteiligte Bevölkerungsgruppen auszugestalten (z. B. bei Stadtentwicklungsprozessen; vgl. Becker, 2014).

Bürgerbeteiligung und soziodemografische Faktoren

Bereits seit längerer Zeit ist bekannt, dass bestimmte sozioökonomische Faktoren die politische Beteiligung im Hinblick auf Intensität und Zielverfolgung beeinflussen (Stark, 2019). Besonders in Bezug auf Bildungsniveau, Beruf und Migrationshintergrund sowie Einkommen scheinen sich Personen, die sich kommunalpolitisch beteiligen, von denen zu unterscheiden, die dies nicht oder weniger tun (Weßels, 2015; Verba, Lehman Scholzman, & Brady, 1995; Becker, 2014). Darüber hinaus gibt es Studien, die belegen, dass Männer und ältere Bürger*innen grundsätzlich häufiger an Prozessen der politischen Beteiligung mitwirken als Frauen oder jüngere Generationen (Westle, 2001). Es ist allerdings anzunehmen, dass es von der konkreten Beteiligungsform abhängt, inwieweit das Alter einen Einfluss auf die Beteiligung hat – so scheint es plausibel, dass konventionelle Formen, wie das passive oder aktive Wahlrecht, eher von älteren Bürger*innen genutzt werden und jüngere Generationen eher von alternativen Formen, wie z. B. ihrem Demonstrationsrecht, Gebrauch machen (van der Meer, van Deth, & Scheepers, 2009). Ein weiterer Faktor, dem eventuell eine tragende Rolle hinsichtlich des Ausmaßes der Bürgerbeteiligung zukommt, ist das Verständnis des Bürgers, sich als Teil einer Gesellschaft zu fühlen, was mit Ansätzen einer Identifikations- oder Bindungshypothese korrespondiert (vgl. Pickel & Pickel, 2015). Da in der vorliegenden Studie kein

derart komplexes Konstrukt untersucht werden konnte (politische Bindung bzw. Identifikation), wird eine weiter entfernte, aber damit im Zusammenhang stehende Variable untersucht – mit der Annahme, dass mit der längeren Wohndauer in einer Kommune auch eine größere Bindung bzw. Identifikation mit dieser vorliegt. Ebenfalls wird postuliert, dass die Bindung und Identifikation mit dem Ausmaß der Zufriedenheit mit dem Leben in der Kommune steigen, weshalb auch dieses Merkmal untersucht wurde.

Stichprobe

Als Stichprobe der vorliegenden Untersuchung wurde die im Jahre 2020 durchgeführte Wohnungs- und Haushaltserhebung genutzt. Diese hatte zum einen thematisch die Lebens-, Wohn- und Mietsituation als Betrachtungsgegenstand. Zum anderen stand auch die Untersuchung verschiedener Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Fokus der Betrachtung. Kontaktiert und damit angeschrieben wurden 3.998 volljährige Bürger*innen mit dem Wohnsitz in Erfurt, deren Verteilung im Hinblick auf Geschlecht, Stadtteil und Alter als repräsentativ für die Population der Erfurter Bevölkerung im Juni desselben Jahres angesehen werden kann. Die Verteilung wurde alsdann in Bezug zu vergangenen Rücklaufstatistiken von Befragungen mit gleichen und relevanten Stichprobenmerkmalen gesetzt, sodass eine entsprechende Vorgewichtung vorgenommen werden konnte. Grundlage für die Ziehung der Zufallsstichprobe war das Einwohnermelderegister. Die Zustellung der Befragungsunterlagen erfolgte postalisch, wobei die Teilnahme fakultativ auch online möglich war, womit es sich entsprechend um eine Hybrid-Befragung handelte. Ein Erinnerungsschreiben erfolgte nach zwei Wochen Feldphase, die sich insgesamt über sechs Wochen erstreckte. Die Teilnahmebereitschaft zeigte sich in 1.421 ausgefüllten und zurückgesandten Fragebögen, woraus ein moderater Rücklauf von ca. 35,5 Prozent resultiert. Etwaigen leichten Verzerrungen im Rücklauf bezogen auf die Grundgesamtheit wurde begegnet, indem die Repräsentativität durch eine abschließende Gewichtung hinsichtlich Alter, Geschlecht und Stadtteil hergestellt wurde (Nachgewichtung).

Operationalisierung der Bürgerbeteiligung

Die Erfassung der Bürgerbeteiligung wurde umgesetzt, indem die Befragten Angaben darüber machen sollten, in welcher Form sie sich in Erfurt schon beteiligt haben. Gleich im Anschluss wurde schließlich erhoben, welche Beteiligung überhaupt für sie in Frage kommen würde, unabhängig davon, ob sie sich schon beteiligt haben. Die konkreten Beteiligungsformate wurden mit elf Möglichkeiten vorgegeben und konnten mit einer Mehrfachnennung angegeben werden. Die Ausprägungen der einzelnen Variablen können aus der Tabelle zur Übersicht entnommen werden.

Tab. 1: Übersicht der verwendeten Variablen

Variable	Operationalisierung	Deskriptive Statistik
<i>Bürgerbeteiligung</i>		
Bisherige Bürgerbeteiligung (N = 1415)	In welcher Form haben Sie sich in Erfurt schon beteiligt? Mehrfachnennungen möglich.	(1) Teilnahme an Informationsveranstaltungen: 28,6 % (39,3 %) (2) Teilnahme an Bürgerbefragungen: 24,1 % (40,6%) (3) durch ehrenamtliches Engagement: 20,4 % (27,1%) (4) direkte Mitteilung/Stellungnahme zu Vorhaben: 4,6 % (14,2%) (5) über Ortsteilbürgermeister/Ortsteilrat: 4,1 % (8,0%)
Befürwortete Bürgerbeteiligung (N = 1415)	(Unabhängig davon, ob Sie sich schon beteiligt haben, welche Form der Beteiligung käme für Sie in Frage? Mehrfachnennungen möglich.)	(6) über Fraktionen/Ausschüsse/Mitglieder des Stadtrates: 3,5 % (7,2%) (7) Beteiligung an Bauleitplanungen: 2,8 % (10,0%) (8) Einwohnerfragestunde im Stadtrat: 2,6 % (13,5%) (9) Forum auf Erfurt.de zu spezifischen Themen: 2,6 % (14,1%) (10) bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt: 2,3 % (24,7%) (11) Ich habe mich noch nicht beteiligt: 45,7%) (Ich habe kein Interesse, mich zu beteiligen: 19,2%)
<i>Soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale</i>		
Geschlecht (N = 1382)	Ihr Geschlecht?	(1) weiblich: 51,9% (2) männlich: 48,1 %
	Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit? (N=1360)	(1) Ja: 96,1 % (2) Nein: 3,9%
Migrationshintergrund (N = 1388)	Falls deutsche Staatsangehörigkeit: Haben Sie diese seit Geburt oder erst später erworben? (N=1308)	(1) seit der Geburt: 97,9% (2) später erworben (z. B. Einbürgerung): 2,1 %
	Sind Sie oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren oder nach 1949 in das heutige Gebiet Deutschlands zugewandert? (N=1350)	(1) Ja: 7,8% (2) Nein: 92,2%
Alter(-sgruppen) (N = 1376)	Ihr Geburtsjahr?	Mittelwert: 50,1 Standardabweichung: 17,7 Minimum: 18 Maximum: 86 (1) 18 bis 24 Jahre: 8,6 % (2) 25 bis 34 Jahre: 15,9% (3) 35 bis 44 Jahre: 16,1 % (4) 45 bis 54 Jahre: 15,8% (5) 55 bis 64 Jahre: 18,0% (6) 65 Jahre und älter: 25,5 %
Einkommen (N = 1146)	Wie viel Geld steht Ihrem Haushalt monatlich zur Verfügung? Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen des gesamten Haushaltes?	Mittelwert: 3160 Standardabweichung: 1979 Minimum: 400 Maximum: 20000 (1) unter 1.000 Euro: 4,8 % (2) 1.000 bis unter 2.000 Euro: 21,0 % (3) 2.000 bis unter 3.000 Euro: 27,3 % (4) 3.000 bis unter 4.000 Euro: 18,6 % (5) 4.000 Euro und mehr: 28,3 %
Qualifikationsniveau (N = 1340)	Welchen höchsten Schulabschluss haben Sie?	(1) (noch) keinen Schulabschluss: 1,0 % (2) Volks-/Hauptschulabschluss: 11,4 % (3) Mittlere Reife/Realschulabschluss: 36,0 % (4) Abitur/(Fach-)Hochschulreife: 51,7 %
	Welchen höchsten Berufsabschluss haben Sie?	(1) Niedrige/mittlere Qualifikation: 35,2 % (2) Höhere Qualifikation: 17,4 % (3) Höchste Qualifikation: 47,4 % (1) (noch) keinen Berufsabschluss: 6,4 % (2) Berufsabschluss: 41,0 % (3) Meister, Techniker usw.: 9,1 % (4) (Fach-)Hochschulabschluss: 43,4 %
Wohndauer in Erfurt (N = 1380)	Seit wann wohnen Sie in Erfurt? seit dem Jahr:	Mittelwert: 31,9 Standardabweichung: 22,9 Minimum: 0 Maximum: 82 (1) bis 5 Jahre: 15,3 % (2) 6 bis 10 Jahre: 10,3 % (3) 11 bis 20 Jahre: 13,9% (4) 21 bis 30 Jahre: 9,1 % (5) 31 und mehr Jahre: 51,5%
Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt (N = 1379)	Leben Sie gerne in Erfurt oder würden Sie lieber woanders wohnen, wenn Sie es sich aussuchen könnten?	(1) Ich lebe gerne in Erfurt.: 88,2 % (2) Ich würde lieber im Umland wohnen.: 6,0 % (3) Ich würde lieber ganz woanders wohnen.: 5,8 %

Fortsetzung Tab. 1: Übersicht der verwendeten Variablen

Variable	Operationalisierung	Deskriptive Statistik
<i>Soziodemografische, strukturspezifische und räumliche Merkmale</i>		
Bindungsstärke an das Wohngebiet (N = 1380)	Wie stark fühlen Sie sich an Ihr Wohngebiet gebunden?	(1) sehr stark: 14,4% (2) stark: 41,2% (3) teils/teils: 29,8% (4) wenig: 10,6% (5) gar nicht: 4,0%
Siedlungsstruktur (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) städtisch: 53,0% (2) Plattenbau: 25,8% (3) dörflich: 21,3%
Prognose-/Planungsgebiete (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) Innenstadt Mitte/West: 14,7% (2) Innenstadt Süd: 12,5% (3) Innenstadt Ost: 11,5% (4) Innenstadt Nord: 13,2% (5) Großwohnsiedlung Nord: 15,0% (6) Großwohnsiedlung Süd/Ost: 10,8% (7) dörflich: 22,3%
Sozialraum (N = 1415)	keine konkrete Fragestellung automatische Erfassung	(1) unter 10 Prozent SGBII-Empfänger: 57,4% (2) 10 bis 20 Prozent SGBII-Empfänger: 32,3% (3) 20 Prozent und mehr SGBII-Empfänger: 10,3%

*Alle Variablen stammen aus der Wohnungs- und Haushaltserhebung der Landeshauptstadt Erfurt (2020).

Operationalisierung der soziodemografischen Variablen und Gebietsstruktur

Die Erfassung der Variablen *Geschlecht, Migrationshintergrund, Schul-/Berufsabschluss, Alter, Einkommen* sowie *Wohndauer* kann als Standard einer jeden kommunalen Bürgerbefragung betrachtet werden. Die letzten drei benannten Variablen wurden für die Untersuchung von einem metrischen in ein ordinales Skalenniveau mit aussagekräftigen Ausprägungen überführt. Das Merkmal *Migrationshintergrund* tragen Personen, die entweder angaben, nicht die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen oder angaben diese zu besitzen, aber erst nach der Geburt erworben zu haben oder deren Elternteil im Ausland geboren bzw. nach 1949 in das heutige Gebiet Deutschlands zugewandert ist. Das *Qualifikationsniveau* weist vier Ausprägungen auf. Ein niedriges Niveau ist gekennzeichnet durch keinen Schul-/ bzw. einen Volks-/Hauptschulabschluss. Ein mittleres Niveau wurde bestimmt für befragte Personen, die angaben, über einen Realschulabschluss bzw. die mittlere Reife zu verfügen, oder für Personen, die das niedrige Niveau in Kombination mit einem Berufsschulabschluss aufwiesen. Das höhere Niveau ist gekennzeichnet durch den Erwerb des Abiturs oder durch die Kombination des mittleren Niveaus in Verbindung mit dem Berufsabschluss eines Meisters oder Technikers. Das höchste Qualifikationsniveau wurde bei einem Fach- bzw. Hochschulabschluss oder der Kombination eines Abiturs mit dem Berufsabschluss Techniker oder Meister vergeben. Die *Zufriedenheit und Bindung* wurden durch drei, nicht explizit dafür angelegte Fragestellungen erfasst. Zum einen wurden die Befragungsteilnehmer um

die Angabe gebeten, ob sie gerne in Erfurt leben oder ob sie lieber woanders leben würden, wenn sie es sich aussuchen könnten. Vorgegeben wurden die Antwortmöglichkeiten: „Ich lebe gerne in Erfurt“, „Ich würde lieber im Umland wohnen“ und „Ich würde lieber ganz woanders wohnen“. Im Rahmen der zweiten Fragestellung wurde erhoben, wie stark sich die Befragten an ihr Wohngebiet gebunden fühlen. Hier wurde eine fünfstufige Likert-Skala verwendet, die mit ihren Ausprägungen von sehr stark bis „gar nicht“ reichte. Für die Untersuchung wurden jeweils die ersten und die letzten zwei Ausprägungen zusammengefasst, da der Detailliertheitsgrad für eine deskriptive Analyse als ausreichend betrachtet wurde. Die dritte Fragestellung erfasste, seit wann die befragte Person in Erfurt lebt – eine Angabe, die ebenfalls in eine diskrete Darstellung mit sechs Kategorien überführt wurde. Um mehr Klarheit darüber zu erlangen, welche Beteiligungsformate in Abhängigkeit von räumlichen Komponenten besser genutzt werden, wurden die zu Erfurt zugehörigen 53 Stadtteile in *strukturspezifische Gebiete* zusammengefasst. Diese Gebiete sind entweder hinsichtlich bestimmter Merkmale als verhältnismäßig homogen anzusehen oder mit Blick auf die Stadt- oder Wohnraumentwicklung als planungsrelevante Bereiche festgelegt. Der *Siedlungstyp* wird in den Ausprägungen städtisch, Plattenbau und dörflich dargestellt. Der *Prognose-/Planungsraum* wird anhand von sieben differenzierten Gebieten abgebildet: Innenstadt (Mitte/West, Süd, Ost, Nord), Großwohnsiedlung (Nord, Süd/Ost) und dörflich. Mit dem *Sozialraumtyp* wird der prozentuale Anteil an SGBII-Empfängern dargestellt. Dieser besitzt die Ausprägungen unter zehn, zehn bis 20 und 20 und mehr Prozent.

Ergebnisse

Im folgenden Ergebnisteil werden zunächst die Häufigkeiten der bisher erfolgten und befürworteten Bürgerbeteiligung für die vorgegebenen Formate untersucht. Anschließend wird eine Auswahl mit Blick auf die am häufigsten genutzten und zukünftig präferierten Formate getroffen. Diese werden in Kombination (Kreuzung) mit den vorgestellten soziodemografischen und strukturspezifischen Variablen in bivariaten Tabellen dargestellt.

Betrachtet man die Hauptergebnisse in Abbildung 1 für die *bisher erfolgte Beteiligung* (dunkelgrün), ohne den Einbezug weiterer Kreuzungsvariablen, wird deutlich, dass die Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen sowie das ehrenamtliche Engagement die am häufigsten genutzten Formate sind. Die anderen Beteiligungsformen wurden bislang nur von zwei bis fünf Prozent der Erfurter Bevölkerung in Anspruch genommen und deshalb in den weiteren Betrachtungsverlauf nicht eingebunden. Es ist zudem angezeigt, dass sich bei etwaigen bivariaten Tabellen die Fallzahlen in den einzelnen Beteiligungsformaten ohnehin soweit reduzieren würden, dass keine sinnvollen Aussagen mehr möglich wären. Als letzte, aber deutliche Mehrheit ist die Nicht-Beteiligung zu verzeichnen – bislang hat sich knapp die Hälfte der Erfurter Bevölkerung nach den Ergebnissen dieser Studie überhaupt nicht beteiligt, was die Frage nahelegt, ob überhaupt und wie sich die Erfurter Bürger*innen in Zukunft beteiligen wollen.

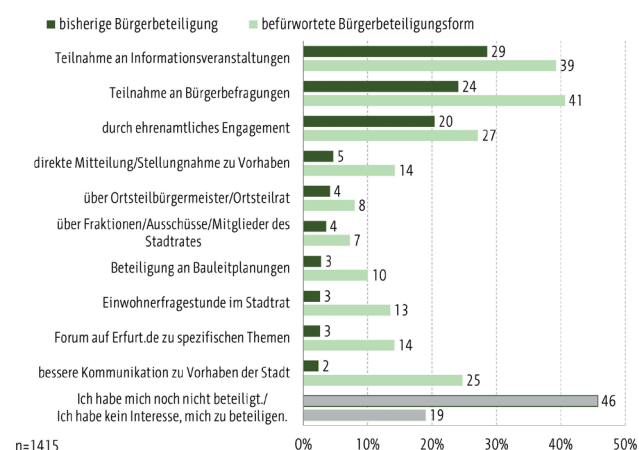
Die Frage nach der *befürworteten Beteiligung* (hellgrün) zeigt, dass den bereits präferierten drei Formen auch in Zukunft der Vorzug gegeben werden würde – lediglich eine leichte Verschiebung in der Rangfolge ist zu verzeichnen. Zudem ist deutlich ersichtlich, dass es bei der befürworteten Beteiligung grundsätzlich zu einem prozentualen Anstieg im direkten Vergleich zur bisherigen Beteiligung kommt – ein nicht unbekannter Effekt, der die typische Differenz zwischen Einstellung und gezeigtem Verhalten darstellt. In Abhängigkeit von der konkreten Form ergibt sich ein Anstieg um drei bis 23 Prozentpunkte. Die Angabe, an einer Bürgerbeteiligung nicht

interessiert zu sein, wird „nur noch“ von etwa einem Fünftel der Befragten kundgetan. Die übrigen Beteiligungsformate (als zukünftig in Frage kommende Formen) weisen Zustimmungswerte von 7 bis 14 Prozent auf – mit einer deutlichen Ausnahme: eine Form, die eher als passive Beteiligung zu konnotieren ist und deutlich an Zustimmung gewinnt – die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt. Diese würde von gut einem Viertel präferiert werden. Entsprechend dieser Entwicklung wird diese Variable auch in die Betrachtung hinsichtlich soziodemografischer und strukturspezifischer Aspekte einbezogen.

Soziodemografische Merkmale

Bei dem Blick auf das *Geschlecht* in Abbildung 2 zeigt sich, dass Männer marginal häufiger in den ausgewählten Formaten bisher aktiv waren und zukünftig bleiben wollen. Für Frauen zeigt sich hingegen nur beim ehrenamtlichen Engagement, dass dieses in Zukunft leicht häufiger für sie in Betracht käme als für die Männer. Eine sehr viel deutlichere Varianz ergibt sich für das Merkmal des *Migrationshintergrundes* mit dem Blick auf Abbildung 3. Personen, die über dieses Merkmal verfügen, sind viel seltener partizipativ aktiv und ziehen es auch seltener in Erwägung, unabhängig von der konkreten Beteiligungsform. Im direkten Vergleich mit Personen, die keinen Migrationshintergrund haben, sind es je nach bisheriger oder befürworteter Beteiligungsform zwischen fünf und 14 Prozentpunkte weniger. Im Gegenzug ist die Zustimmung zur Aussage „Ich habe mich noch nicht beteiligt“ sehr hoch – auf gut drei Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund trifft dies zu und auch bei der befürworteten Beteiligung haben gut ein Drittel nach wie vor kein Interesse, sich zukünftig zu beteiligen. Mit einem Blick auf das *Alter* in Abbildung 4 zeigt sich erwartungsgemäß, dass mit steigendem Lebensalter die bisherige Beteiligung zunimmt, insbesondere gilt dies für Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen. Die Ausführung des Ehrenamtes weist hingegen nahezu eine Gleichverteilung über die Altersgruppen auf. Betrachtet man die befürworteten Beteiligungsformen ergibt sich ein differenziertes Bild. Die jüngeren Altersgruppen bevorzugen als Beteiligungsformat stärker die Teilnahme an Bürgerbefragungen, während die älteren Kohorten eher im Rahmen von Informationsveranstaltungen aktiv werden wollen. Das ehrenamtliche Engagement befürwortet knapp die Hälfte der jüngsten Altersgruppe, während es in der ältesten nur noch ein Fünftel ist. Die Befürwortung der besseren Kommunikation zu Vorhaben der Stadt ist eher als altersunabhängig zu betrachten und liegt über alle Altersgruppen hinweg bei zirka einem Viertel. Ebenso die Angabe, sich nicht beteiligen zu wollen, was durchgängig bei knapp einem Fünftel liegt. Die Differenzierung nach *Einkommen* zeigt in Abbildung 5 für drei der vier präferierten Beteiligungsformate einen Anstieg für die Beteiligung mit zunehmendem Einkommen, aber weniger deutlich als vielleicht annehmbar wäre. Am deutlichsten ist dieser Unterschied beim ehrenamtlichen Engagement. Die Nicht-Beteiligung nimmt entsprechend mit der Höhe des Einkommens ab. Für die Befürwortung zeigt sich ein ähnlicher Verlauf: mit zunehmendem Verdienst der Person steigt der

Abb. 1: Übersicht tatsächliche und befürwortete Bürgerbeteiligungsformate



Grad der Befürwortung zur Teilnahme an Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen. Das Ehrenamt kommt besonders für die einkommensstärkste Gruppe in Frage. Die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt zeigt ein nivelliereres Bild. Das fehlende Interesse sich zu beteiligen bleibt insbesondere bei den untersten beiden Einkommensgruppen

mit 30 Prozent relativ groß. Wie bereits erwähnt ist das *Qualifikationsniveau* der Person eng mit dem Einkommen verbunden. Dementsprechend zeigt sich in Abbildung 6, dass mit höherer Qualifikation die tatsächliche Beteiligung ansteigt. Dies ist eine Beobachtung, die auch bei der Befürwortung der verschiedenen Beteiligungsformen deutlich zu Tage tritt.

Abb. 2: Bürgerbeteiligungsformate nach Geschlecht

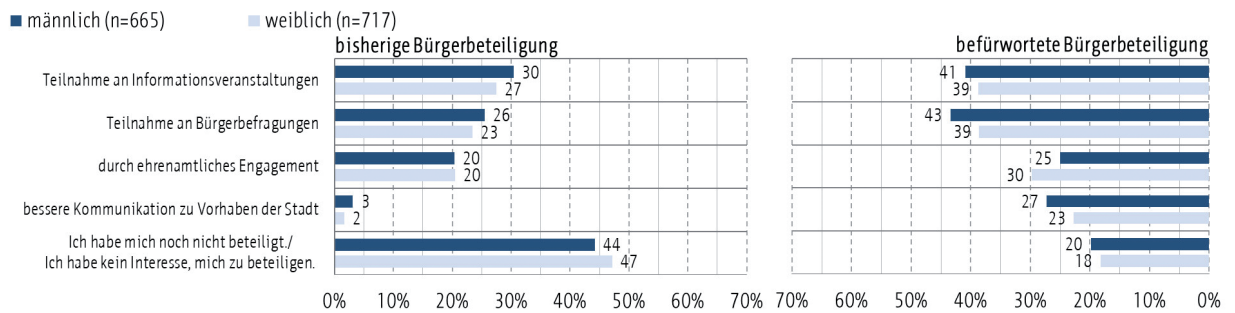


Abb. 3: Bürgerbeteiligungsformate nach Migrationshintergrund

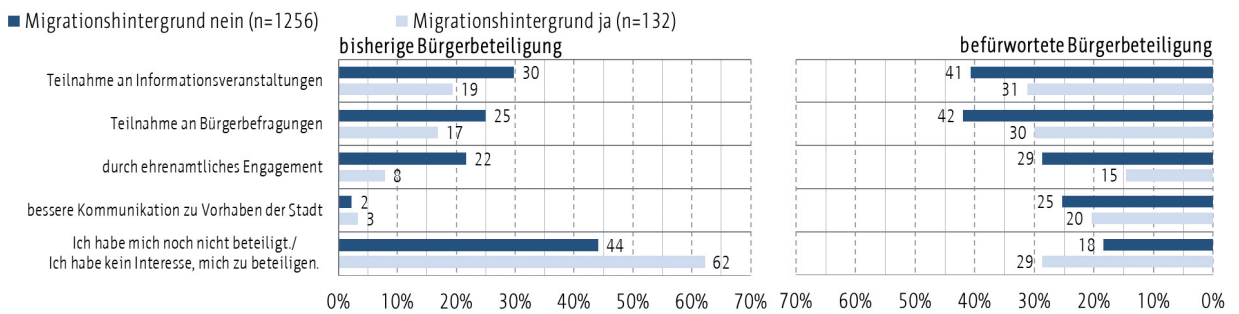


Abb. 4: Bürgerbeteiligungsformate nach Altersgruppen

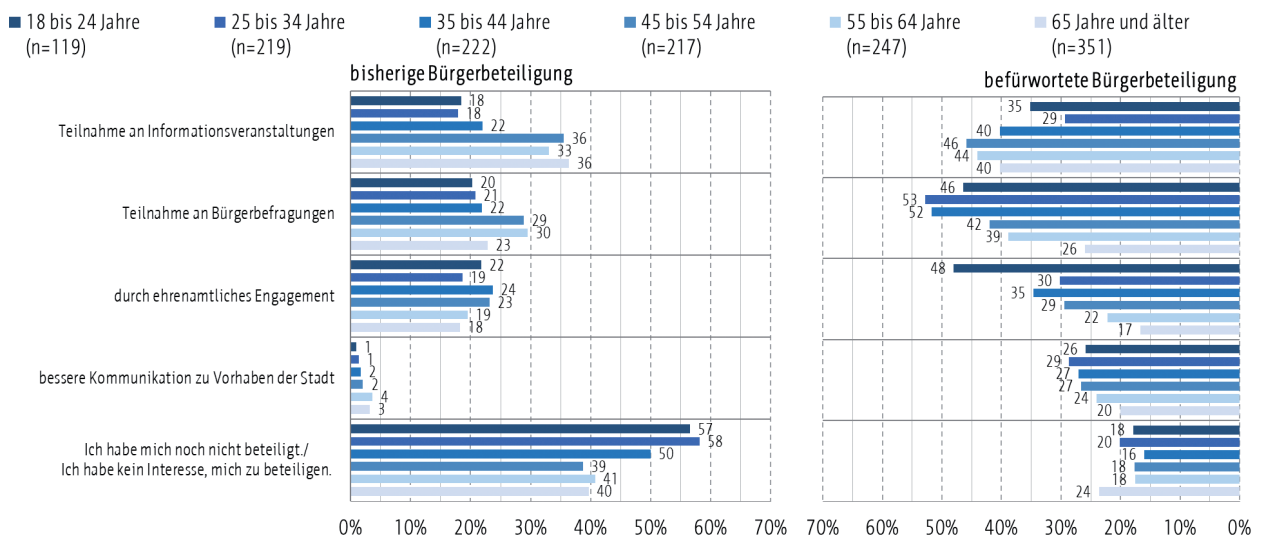


Abb. 5: Bürgerbeteiligungsformate nach Einkommen

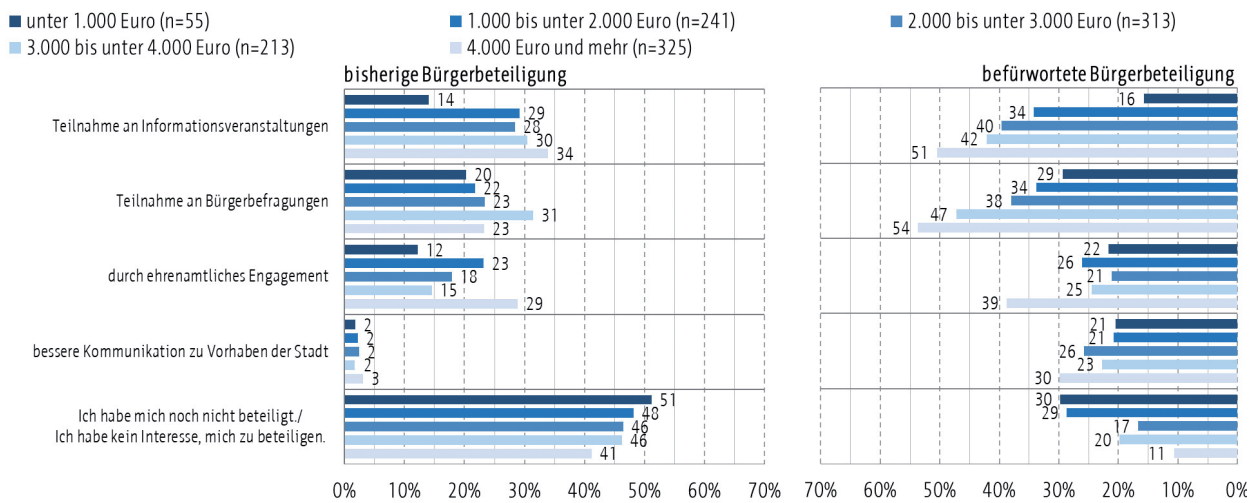
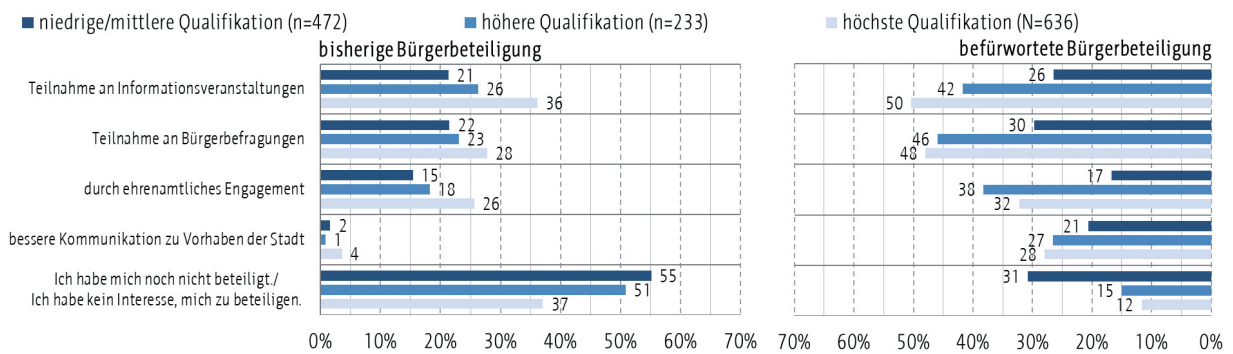


Abb. 6: Bürgerbeteiligungsformate nach Qualifikationsniveau



Wohndauer und Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt, Bindung an das Wohngebiet

Ein Blick auf Abbildung 7 und damit die *Wohndauer* zeigt den erwarteten Zusammenhang – je länger die befragte Person in Erfurt wohnt, desto eher hat sie sich bereits beteiligt oder käme eine Beteiligung für sie in Frage. Eine Ausnahme stellt hier die letzte Gruppe dar, die bereits 31 und mehr Jahre in Erfurt lebt. Bei dieser ist keine Zunahme mehr in der Beteiligung zu beobachten, sondern ein Rückgang. Für die *Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt* lässt sich ebenfalls eine Tendenz in Abbildung 8 erkennen. Die Nicht-Beteiligung ist besonders bei Personen hoch, die angaben, lieber woanders wohnen zu wollen. Für die Befürwortung zeigt sich kein Unterschied für das ehrenamtliche Engagement und die bessere Kommunikation zu Vorhaben der Stadt. Die Teilnahme an Bürgerbefragungen wird sogar leicht von der Personengruppe präferiert, die lieber ganz woanders wohnen würde als in Erfurt. Die *Bindungsstärke an das Wohngebiet* in Abbildung 9 weist ein ähnliches Muster auf wie die Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt. Je stärker sich der Befragte an sein Wohngebiet gebunden fühlt, umso häufiger hat er sich bereits beteiligt und desto mehr befürworteten eine Beteiligung. Auch hier stellt

das Format der Bürgerbefragung eine Ausnahme dar, da die Befürwortung unabhängig von dem Ausmaß der Bindung an das Wohngebiet ist.

Strukturspezifische und räumliche Gebiete

Mit einem Blick auf Abbildung 10 und damit die *Siedlungsstruktur* zeigt sich, dass besonders im Plattenbau gegenüber den städtischen und dörflichen Gebieten eine geringere Beteiligung, unabhängig von der konkreten Form, vorherrscht. Entsprechend entfällt knapp die Hälfte der Angaben der Nicht-Beteiligung auf Befragte aus diesem Gebiet. Bei der befürworteten Bürgerbeteiligung ist das Bild ähnlich, der Plattenbau bleibt auch hier immer hinter den anderen beiden Gebieten zurück. Kein Interesse sich zu beteiligen haben hier zirka doppelt so viele Personen im direkten Gruppenvergleich. Für die *Prognose- bzw. Planungsgebiete* in Abbildung 11 zeigt sich, dass die Innenstadt Ost, die Großwohnsiedlungen Nord sowie Süd/Ost den höchsten Anteil an Personen haben, die sich bislang noch nicht beteiligt haben. In den beiden Großwohnsiedlungen ist auch das Interesse sich nicht zu beteiligen am größten. Die erfolgte Beteiligung an Informationsver-

anstaltungen ist in der Innenstadt Mitte/West und Süd am größten, während dies für die Beteiligungsform der Bürgerbefragung in der Innenstadt Ost gilt, die vor allem durch Jungerwachsene und Familien geprägt ist. Für das ehrenamtliche Engagement zeigt sich für die Innenstadt Mitte/West, Süd, Nord und den dörflichen Bereich eine ähnliche Ausprägung. Die Befürwortung der Informationsveranstaltungen und Bürgerbefragungen sowie des ehrenamtlichen Engagements ist

im Innenstadtbereich grundsätzlich höher ausgeprägt als in den restlichen Prognosegebieten. Die Kommunikation zu Vorhaben der Stadt zeigt dann wieder ein weniger ausdrucksstarkes Profil. Für den *Sozialraum* in Abbildung 12 ist ohne Ausnahme deutlich erkennbar, dass mit steigendem Anteil an SGB-II-Empfängern die tatsächliche wie auch die befürwortete Beteiligung an allen Formen sinkt und die Ablehnung von Angeboten bisher und zukünftig steigt.

Abb. 7: Bürgerbeteiligungsformate nach Wohndauer in Erfurt

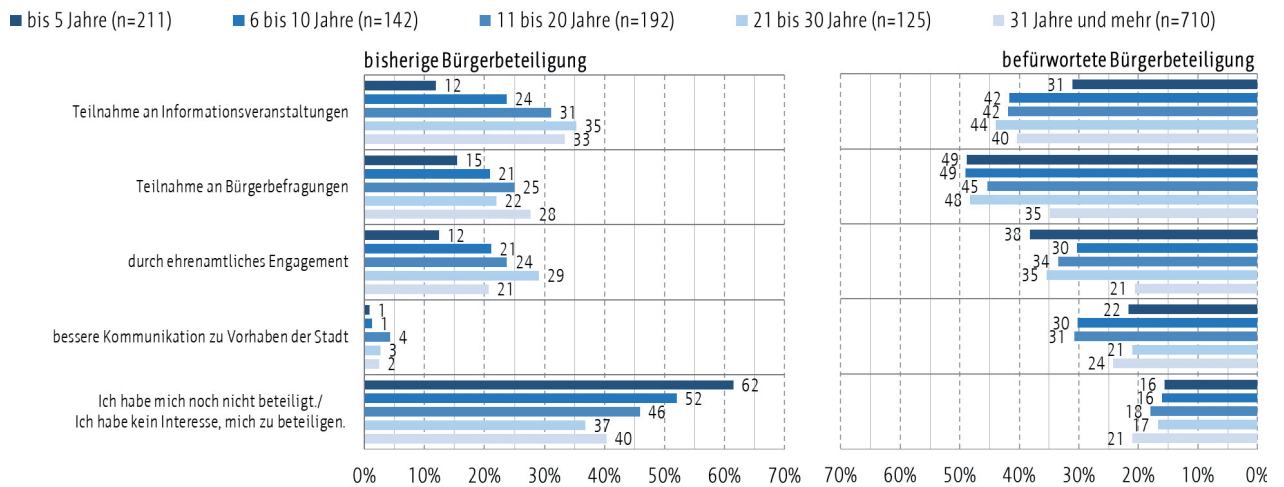


Abb. 8: Bürgerbeteiligungsformate nach der Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt

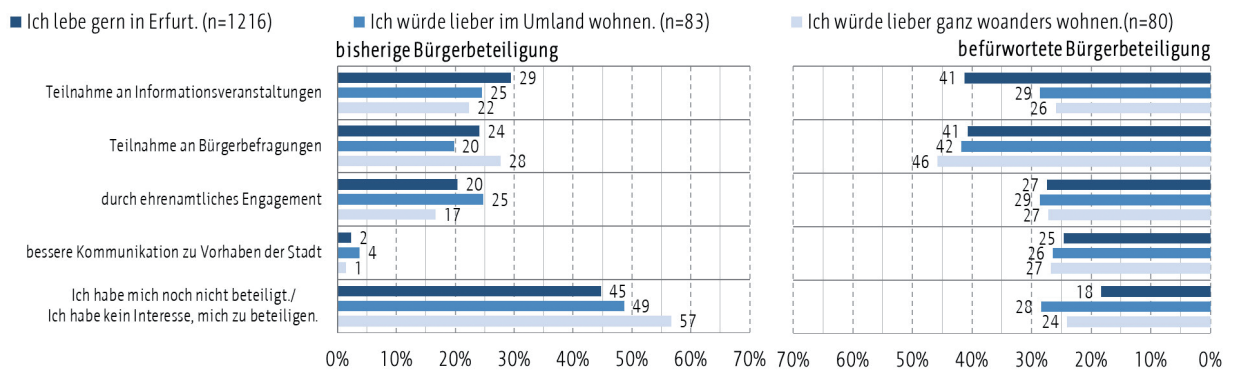
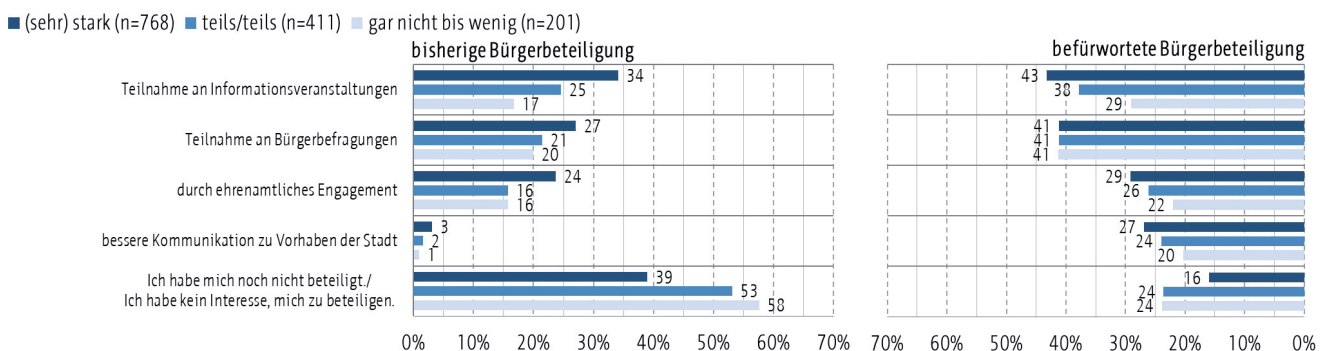


Abb. 9: Bürgerbeteiligungsformate nach der Bindungsstärke an das Wohngebiet



Erkenntnisse der Untersuchung

Ein essenzielles Ergebnis der deskriptiven Untersuchung ist, dass unterschiedliche Beteiligungsformate von verschiede-

nen Personengruppen bereits unterschiedlich genutzt werden bzw. für diese in Frage kämen. Grundsätzlich und eher global betrachtet sind es überwiegend die älteren, schon länger in Erfurt wohnenden Personen, die relativ betrachtet über ein gutes Einkommen verfügen, ein hohes Qualifikationsniveau besitzen und keinen Migrationshintergrund aufweisen, die

Abb. 10: Bürgerbeteiligungsformate nach Siedlungsstruktur

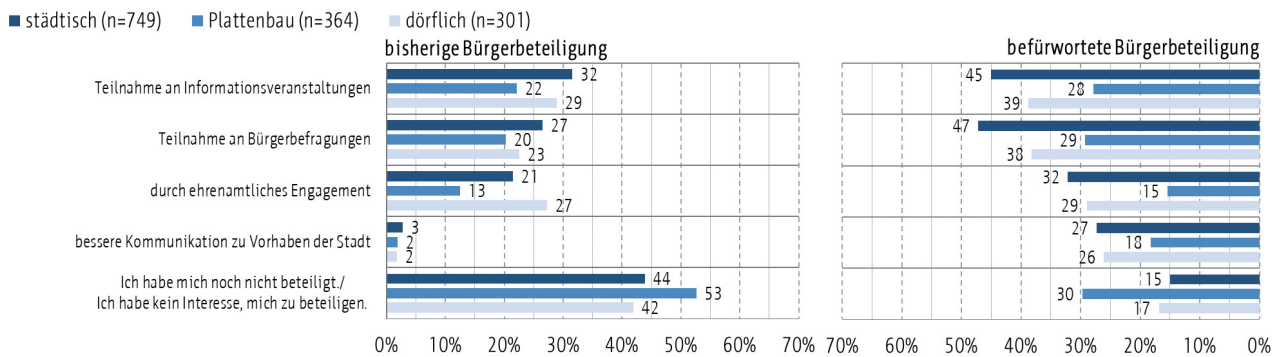


Abb. 11: Bürgerbeteiligungsformate nach Prognose-/Planungsgebieten

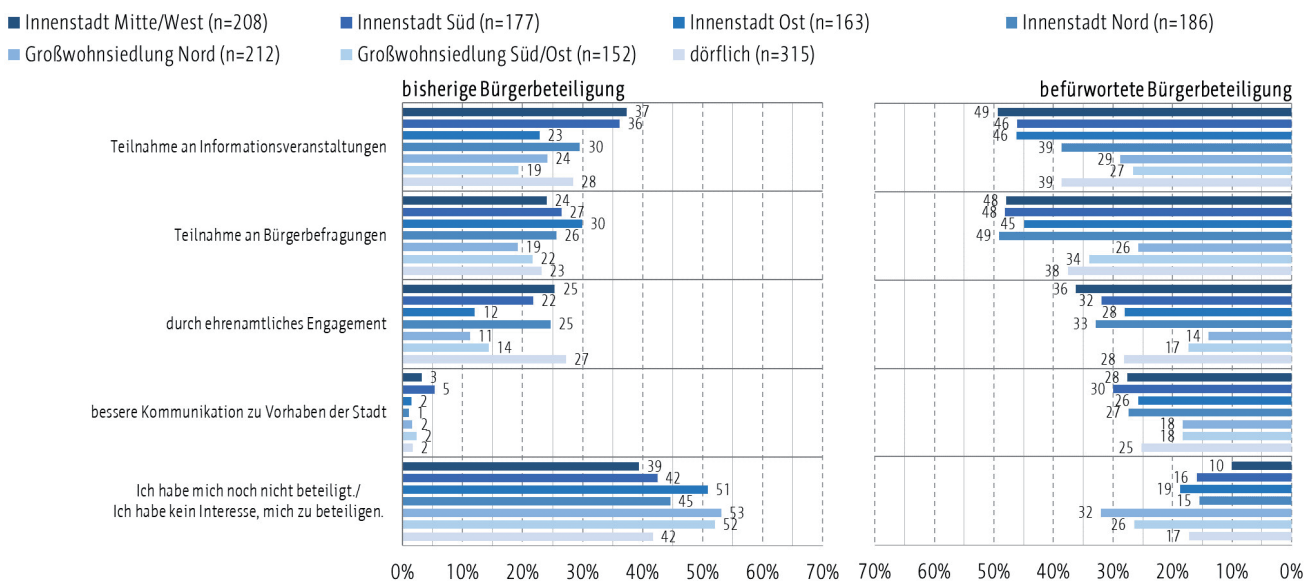
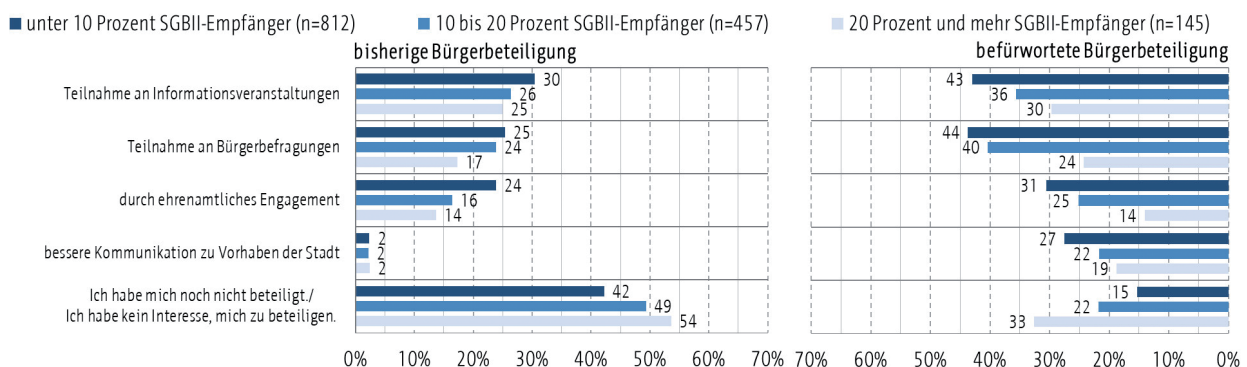


Abb. 12: Bürgerbeteiligungsformate nach Sozialraum



sich beteiligen (vgl. Heinsohn, 2020). Sie sind zudem häufiger in der Innenstadt oder im dörflichen Bereich wohnhaft und fühlen sich (sehr) stark an ihr Wohngebiet gebunden. Spezifisch zeigte sich zudem, dass jüngere Altersgruppen (zwischen 18 und 44 Jahren) angeben, sich eher an Bürgerbefragungen beteiligen zu wollen, während es in den älteren Altersgruppen (ab 45 Jahren) perspektivisch eher die Teilnahme an Informationsveranstaltungen wäre. Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass die tatsächliche Teilnahme an beiden Formaten eher von der älteren Altersgruppe erfolgte. Vor allem bei den jüngeren Personengruppen ist immer ein Anstieg von rund 20 Prozent zwischen tatsächlicher und befürworteter Beteiligung unabhängig vom Format zu beobachten, besonders deutlich wird es aber beim ehrenamtlichen Engagement. Nicht nur, aber insbesondere bei jungen Leuten muss daher darüber nachgedacht werden, wie diese zur tatsächlichen Bürgerbeteiligung motiviert werden können, da sie zumindest bereits als aktiviert gelten können. Wie andere Prozesse kann auch direkte Demokratie erlernt werden, wenn man frühzeitig über entsprechende Formate informiert, diese auch praktisch impliziert und die Möglichkeit zur Teilnahme immer wieder aufs Neue kommuniziert. Damit würde man nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft die Bürgerbeteiligung erhöhen und so langfristig die Partizipation an und die Identifikation mit kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen in einer ganzen Generation stärken. Ähnlich verhält es sich mit Personen, die über das Merkmal eines Migrationshintergrundes verfügen – die Untersuchung hat deutlich gezeigt, dass diese sowohl bei der bisherigen Beteiligung wie auch bei den in Frage kommenden Formaten deutlich hinter der Personengruppe ohne diese Merkmale zurückbleiben. Wer gewährleisten will, dass auch Migrantinnen und Migranten von Einwohnern zu Bürgern werden, muss die Chance dafür geben (vgl. Kumpf, 2011, S. 18), was im Besonderen für Bürgerbeteiligungsformate gilt. Dies würde im Wesentlichen bedeuten, dass das zur Verfügung gestellte Format an deren Bedürfnisse angepasst wird, z. B. eine einfache Sprache oder Mehrsprachigkeit verwendet werden. Dieses unverzichtbare Kriterium der Bürgerbeteiligung, die notwendige Ausrichtung der Maßnahmen an spezifischen Möglichkeiten und der sozialen Lage der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, trifft in ähnlicher Weise auf Personen mit geringerer Qualifikation oder geringerem Bildungsniveau/Einkommen, Verhältnissen mit hohem SGB-II-Niveau oder einer geringen Wohndauer in Erfurt zu. Denn auch hier hat die vorliegende deskriptive Untersuchung gezeigt, dass Personen mit diesen Eigenschaften bei der Partizipation an den betrachteten Beteiligungsformen zurückbleiben. Wenn man also darüber nachdenkt, eine effektive und direkte Bürgerbeteiligung zu steuern, so muss nicht die Beteiligungsform an sich für jede Art der Einbeziehung gewählt, sondern die Form in Abhängigkeit von der zu beteiligenden Gruppe initiiert werden. Anders verhält es sich mit den Merkmalen, die offensichtlich auch zu einer Verbesserung der Beteiligung führen würden, die man aber in kommunalpolitischen Prozessen zumindest nicht sofort abbilden kann, weil man die Ausprägung dieser individuellen Eigenschaften nicht unmittelbar kennt. Dazu gehören exemplarisch die Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt oder auch die Bindung an das Wohngebiet. Im Hinblick auf diese Merkmale

müsste man also eine Beteiligungsform als geeignet bezeichnen, die als unabhängig diesbezüglich gelten kann. Schlechteren Beteiligungsquoten im Bereich von strukturspezifischen und räumlichen Gebieten könnte man demgegenüber wieder begegnen, indem man in den betroffenen Räumen verstärkt und aktiver tätig wird.

Das Bürgerbeteiligungsformat der Bürgerbefragung

Ein Beteiligungsformat, was im Rahmen der gemachten Überlegungen als besonders adaptiv betrachtet wird, ist die Bürgerbefragung. Diese gewährleistet die direkte und zielgenaue Kontaktaufnahme anhand von soziodemografischen Merkmalen und ermöglicht eine Informationserfassung zu völlig unterschiedlichen Themenbereichen. „Dass die repräsentative Bürgerbefragung bei den Bürgern selbst Sympathiewerte und Beteiligungsquoten erzielt, von denen andere Beteiligungsinstrumente nur träumen können, hängt natürlich erstens damit zusammen, dass sie in zeitlicher Hinsicht ungewöhnlich „niederschwellig“ sind und [...] zweitens aber auch, dass sie „aufsuchend“ ist“ (Klages, 2011, S. 122). Ein besonderer Vorteil von diesem Format der Beteiligung ist zudem der Umstand, dass die Befragungen zwar postalisch versendet werden, aber durch die Mitsendung entsprechender Informationen in das Format einer Online-Teilnahme überführt werden können. So sind jüngere Altersgruppen als „digital natives“ ebenso angebunden wie die „digital immigrants“, die den Fragenbogen weiterhin und klassisch als Paper-Pencil-Version ausfüllen können. Weiterhin ist es möglich, dass Bürgerbefragungen zielgerichtet auf spezifische Gruppen und deren Merkmale, z. B. auf Personen mit Migrationshintergrund, zugeschnitten werden können. Kommunale Befragungen können zudem so ausgerichtet werden, dass die sonst unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen, bei denen bereits Kenntnis über schlechtere Partizipation vorliegt (z. B. in Gebieten mit schlechten SGB-II-Quoten), besonders berücksichtigt werden, indem diese in der Stichprobe in größerem Umfang befragt werden (Vorgewichtung). Sollten sich anschließend und trotzdem Verzerrungen im Rücklauf durch ein schlechtes Antwortverhalten einstellen, könnte diesen mit Gewichtungsverfahren begegnet und die Repräsentativität im Nachgang hergestellt werden. Verfolgt man die weiteren Beobachtungen der vorliegenden Studie sind Bürgerumfragen auch deshalb besonders vorteilhaft, weil sie – direkt verglichen mit den anderen hier einbezogenen Beteiligungsformaten – bei der Partizipation tendenziell als unabhängiger zu betrachten sind im Hinblick auf die Merkmale der Wohndauer, Zufriedenheit mit dem Leben in Erfurt und Bindung an das Wohngebiet.

Kurzum – nach den Erkenntnissen dieser Befragung lässt sich feststellen, dass für Merkmale, die eine schlechtere Beteiligung an dem Format der bisherigen wie auch zukünftigen Bürgerumfragen anzeigen, häufig über eine gezielte Auswahl von Befragungsteilnehmer*innen begegnet werden kann. Für Merkmale, die in einer Stichprobenplanung nicht direkt abbildbar sind, gilt, dass das Format der Bürgerumfrage – bezogen auf die Beteiligung in dieser Untersuchung – von diesen zumindest nur partiell abhängig oder gar unabhängig war. Ein

weiterer Vorteil von Bürgerbefragungen besteht zudem darin, dass sie sowohl einzeln wie auch mit anderen Bürgerbeteiligungsformaten kombiniert werden können (z. B. qualitativen Formen) oder in einem sukzessiv aufbauenden Prozess immer wieder neu oder zusätzlich eingesetzt werden können.

Einschränkungen der Untersuchung

Die vorgestellte Studie hatte einen rein deskriptiven Format, was im Wesentlichen bedeutet, dass sie einen beschreibenden Charakter der gemachten Beobachtungen hat. Aussagen über größere Populationen oder gar endgültig schließende Statistiken lassen sich daraus nicht ableiten, hierfür wären inferenzstatistische Verfahren notwendig. Was die vorliegende Untersuchung aber ganz sicher liefert, ist eine erste und begründbare Richtung für ein sich anschließendes Un-

tersuchungsdesign. In diesem könnte sich unter anderem der Frage zugewendet werden, welche der hier aufgeführten Variablen als unabhängige Variablen fungieren könnten und einen gewissen prädikativen Erklärungsgrad besitzen, oder anders gesprochen, in welchem Rahmen die hier aufgeführten soziodemografischen Merkmale und strukturspezifischen Aspekte die auftretende Varianz in der abhängigen Variablen der partizipatorischen Beteiligung als übergeordnete Variable beeinflussen und diese aufklären können. Es sei an dieser Stelle ausführend gesagt, dass in einer inferenzstatistischen Untersuchung in jedem Fall beachtet werden sollte, dass die „unabhängigen Variablen“ zumindest partiell selbst voneinander abhängig sind. Es ist z. B. leicht nachvollziehbar, dass der Beruf und schließlich auch das Einkommen an sich teilweise an dem Bildungsniveau hängen, sich damit aus diesem „vorhersagen“ lassen. Das entsprechende Verfahren müsste damit eine gezielte Kontrolle der angesprochenen Aspekte ermöglichen (z. B. erweiterte Regressionsmodelle unter Beachtung von Multikollinearität), womit an dieser Stelle auch die Studie von Heinsohn (2020) empfohlen sei.

Literatur

- Becker, A. (2014). „Alles Inklusiv!“ Leitfaden zur Beteiligung in der Integrierten Stadtteilentwicklung. Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg.
- Heinsohn, T. (2020). Informelle Bürgerbeteiligung in Zeiten der zunehmender Individualisierung: Erkenntnisse aus der Stuttgarter Bürgerbefragung 2019. *Statistik und Informationsmanagement Monatshefte*, S. 88–97.
- Klages, H. (2011). Bürgerbeteiligung im kommunalen Raum. In K. Beck, & J. Ziekow, *Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. (S. 119–125). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- König, M., & König, W. (2012). Neue Formen der Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik. In G. Weißeno, *Politisch Handeln: Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* (S. 58–73). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kumpf, U. (2011). Mehr direkte Demokratie wagen! In K. Beck, & J. Ziekow, *Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie*. (S. 15–19). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, S., & Pickel, T. S. (2015). Determinanten der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2014. In K. Michael, & N. Switek, *Die Europawahl 2014* (S. 69–78). Wiesbaden: Springer.
- Stark, T. (2019). *Demokratische Bürgerbeteiligung außerhalb des Wahllokals. Umbrüche in der politischen Partizipation seit den 1970er-Jahren*. Wiesbaden: Springer VS.
- van der Meer, T. W., van Deth, J. W., & Scheepers, P. L. (2009). The Politicized Participant: Ideology and Political Action in 20 Democracies. *Comparative Political Studies*, 42(11), S. 1426–1457.
- Verba, S., Lehman Scholzman, K., & Brady, H. (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- Weißels, B. (2015). Politische Ungleichheit beim Wählen. In W. Merkel, *Demokratie und Krise: Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. (S. 67–94). Wiesbaden: Springer VS.
- Westle, B. (2001). Politische Partizipation und Geschlecht. In A. Koch, M. Wasmer, & P. Schmidt, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 131–168). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.